

Beide begannen sofort nach der Befreiung mit der Suche nach politischen Gefährten. Vor 1933 zählte die KPD Köln ca. 4.500 Mitglieder, - nur wenige lebten 1945 noch in der Stadt. Maria Fenskys Wohnung in der Domstraße wurde zur Anlaufstelle für zurückkehrende Genossinnen und Genossen. Es herrschte eine ungeheure Aufbruchstimmung.

„Die Genossen, die hier illegal in Köln lebten, hatten schon kurze Zeit später eine Besprechung in einer Werkstatt in der Balduinstraße. Wir waren so zwanzig. Und dann haben wir überlegt, was können Kommunisten jetzt tun. Der Krieg ist zuende, also was muss geschehen.

Ja, Trümmer müssen weg, aufgebaut werden muss. Wohnungen müssen ran. Es muss irgendwie gesorgt werden, wenn unsere Genossen zurückkommen, dass die irgendwo unterkommen können.“

Einer von ihnen, Hermann Zilles, gelangte nach seiner Befreiung aus dem KZ Buchenwald früh in seine Heimatstadt. Er erreichte bei der Stadtverwaltung, dass die Kölner Buchenwald-Häftlinge mit städtischen Lastwagen nach Köln zurückgeholt wurden. Die Rückkehr der Befreiten löste eine spontane Kundgebung aus - die erste nach 12 Jahren Diktatur.

„Am 21. Mai kamen die Buchenwalder. Das sind so Daten, die vergesse ich wahrscheinlich nie. Auf jeden Fall – sie waren wieder da, wenn auch die meisten als Skelett. Und kurze Zeit später fing die politische Arbeit wieder richtig an.“

Im Juli 1945 fand die erste Zusammenkunft der KPD in einer Gaststätte in Ossendorf statt. Die Genossen diskutierten den Beschluss des Zentralkomitees ihrer Partei vom Vormonat. Über die Zukunft Deutschlands hieß es:

„... dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Im Oktober fand in der Aula der Universität die erste öffentliche Mitgliederversammlung der KPD statt. Maria Fensky hielt eine Rede, die sich besonders an die Frauen richtete:

„Ein großer Teil der Frauen hat sich vor 1933 nicht um Politik gekümmert, weil sie ihnen „uninteressant“ war; andere wieder, weil sie die Politik für „Männersache“ hielten. Durch die lange Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Verelendung war das Interesse der meisten Frauen nur auf das Nächstliegende gerichtet.“

„Die größten Schäden ... sind nicht die Trümmer; viel schlimmer noch sind die moralischen Schäden, die Hoffnungslosigkeit und Müdigkeit der Menschen und die Angst vor der Verantwortung. Räumen wir zuerst einmal mit dem geistigen Schutt auf. Erst wenn wir dann wirklich frei sind davon, haben wir alle Kräfte frei für den Wiederaufbau.“

Der 24-köpfigen Stadtverordnetenversammlung, die Anfang Oktober von der Besatzungsmacht eingesetzt wurde, gehörten sechs Kommunistinnen und Kommunisten an, darunter Maria Fensky. In ihren Reden attackierte sie immer wieder die mangelnde Durchsetzungskraft der Verwaltung gegenüber alten Nazistrukturen. So auch auf der Sitzung vom 15. November 1945:

„Die Frage, die heute am meisten beschäftigt, ist – Wie kommen wir über diesen harten Winter? Für uns alle kommen hier die Folgen von Faschismus und Krieg am spürbarsten zum Ausdruck. Wenn heute vielfach negative Kritik geübt wird – meist mit dem Ausspruch: Wir hatten bei Hitler mehr zu essen! - dann liegt das wohl an zweierlei. Erstens sind da die Nazis, die bewusst jede Aufbauarbeit zu hemmen und zu sabotieren versuchen. Dann ist da

„Das frühere Zentrum dominiert absolut in der Stadtverwaltung. Sie haben nicht die Voraussetzungen geschaffen für eine Zusammenarbeit aller antifaschistischen und demokratischen Kreise der Bevölkerung.“

Ein halbes Jahr später stellte Hermann Zilles in der Stadtverordnetenversammlung fest:

„Dieselbe Stadtverwaltung, die sich eifrig um die Wiedereinsetzung von Nationalsozialisten bemüht, hat von der Liste der Buchenwalder sage und schreibe vier Kameraden in den Dienst der Stadtverwaltung eingestellt.“

Wichtige Posten waren das nicht. Es handelte sich um eine Beschwerdestelle beim Wohnungsamt, eine Stelle beim Friedhofsamt und ähnliches.

Und in einem Bericht an die Militärregierung stellte Görlinger über die Kölner Stadtverwaltung fest, dass

„eine große Anzahl von führenden Katholiken ... [die] mit Billigung katholischer Kreise der NSDAP beigetreten waren und nun unter der Begründung, dass sie als Verwaltungsfachleute nicht entbehrt werden könnten, wieder in die Verwaltung zurückgeholt werden sollen.“

Das entsprach auch der neuen Praxis der Militärregierung. Sie gab Adenauer sogar Anweisung, ehemalige Parteigenossen einzustellen, die seiner Überzeugung nach unbelastet waren.

Dagegen erhob sich nur einmal sichtbarer Protest. Als beim städtischen Fuhrpark gegen den Willen der Belegschaftsvertretung ein ehemaliges NSDAP-Mitglied Direktor werden sollte, traten alle 850 Arbeiter geschlossen in den Streik.

Was 1945 als Entnazifizierung der Stadtverwaltung begann, endete 1949 so: Von den rund 4000 entlassenen Parteigenossen wurde mit der Zeit ein gutes Drittel wieder eingestellt, darunter sogar mehr als 700 „alte Kämpfer“, die schon vor der Nazi-Machtübernahme überzeugte Nationalsozialisten gewesen waren, jetzt aber lediglich als „Mitläufer“ oder sogar als unbelastet eingestuft wurden.

HOEGEN

- ◆ **Frage: Und was war mit Josef Hoegen? Der Gestapo-Beamte Hoegen war anfänglich nur für die Verfolgung von Kommunisten, später auch für die aller Nazi-Gegner verantwortlich. Seine Grausamkeit war überregional bekannt.**
- ◆ **Antwort: Der Gestapobeamte konnte zunächst fliehen, wurde aber im September 1945 von den Alliierten festgenommen und interniert. Der Hauptangeklagte von insgesamt fünf Kölner Gestapo-Mitarbeitern kam vor das Schwurgericht des Kölner Landgerichts. Der Staatsanwalt forderte lebenslänglich wegen Verbrechen gegen die Menschheit, Aussageerpressung und Körperverletzung im Amt. Das Gericht verurteilte Hoegen Ende 1949 aber nur zu neun Jahren Zuchthaus. Das löste in Köln eine Welle der Empörung aus. Auf einer Protestkundgebung gegen das Urteil erklärten Gewerkschaftsausschüsse, Betriebsräte, die Synagogengemeinde und die Verfolgtenverbände: „Dieser Prozess hat ... bewiesen, dass die Justiz ... vor den Verbrechen der Nazis beide Augen verschlossen hat.“ Hoegens Anwälte stellten Gnadengesuche, der zuständige Staatsanwalt empfahl seine vorzeitige Entlassung zum Dezember 1953, da – so das Argument – „das Zuchthaus für ihn doch eine schwere seelische Belastung bedeute“. 1953 war Hoegen wieder ein freier Mann und arbeitete unbehelligt als selbständiger Kaufmann in Köln. 1973 starb er im Alter von 75 Jahren.**

Das versuchten sie in den Betrieben, in denen sie jetzt wieder stark waren, zum Beispiel in der Kabelfabrik von Felten und Guillaume und im Carlswerk in Mülheim. Sie konnten durchsetzen, dass der von ihnen gebildete Betriebsausschuss zu allen Personalangelegenheiten gefragt werden musste. Hier waren im Dezember 1945 deshalb nur noch 2,3% der Beschäftigten ehemalige NSDAP-Mitglieder.

Mancher belastete Betriebsleiter wurde allerdings einfach für die bitter nötige Produktion gebraucht, da die Betriebsarbeiter nicht genügend zu essen hatten. Im Mai 1947 gingen deshalb die Kölner Gewerkschaften an die Öffentlichkeit:

„Körperlicher Zusammenbruch der Arbeiter an den Arbeitsstellen, Ohnmachtsanfälle in großer Zahl und Unglücksfälle aller Art durch tagelanges Nüchternsein...führten in den letzten Tagen zu großen Unruhen in den Betrieben der Kölner Industrie. So kam es zu Arbeitsniederlegungen ernster Art. Nur mit größter Mühe war es den Betriebsräten möglich, die Belegschaften wieder an die Arbeit zu bringen.“

Die Kölner Linde-Eismaschinenfabrik z.B. war fast ganz zerstört, sodass Fleisch nicht mehr eingefroren werden konnte und verdarb. Als der zuständige Direktor, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, vor dem Entnazifizierungsausschuss erschien, soll der Kommunist Hein Niesen zu ihm gesagt haben:

„Hören Sie mal, das ist eine ganz einfache Geschichte. Sie sind von uns beauftragt, die Maschinen wieder in Ordnung zu bringen. Wenn Sie mir in sechs Wochen berichten können, dass man wieder Fleisch einfrieren kann, dann sind Sie entnazifiziert.“

Nach sechs Wochen liefen die Maschinen wieder, und der Direktor konnte im Betrieb bleiben.

ISSELHORST

- **Frage: Und was war mit Isselhorst, der als Vorgesetzter letztlich für die Folterungen und Morde der gefürchteten Gestapo-Kommandeure Kütter und Hoegen verantwortlich war?**
- ◆ **Antwort: Dr. Erich Isselhorst wurde als Schreibtischtäter für deren Taten nicht belangt. Da er aber im Krieg als SS-Kommandeur für mehrere Massaker verantwortlich gewesen war, wurde er dafür von einem alliierten Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.**

Obwohl in den ersten Monaten nach der Befreiung ein Parteienverbot der Alliierten bestand, bereiteten die Sozialdemokraten im Juni die Wiederbegründung ihrer Partei in Köln vor. Ihr Vorschlag für ein neues Parteiprogramm enthielt die Forderungen:

Alle Nationalsozialisten, ihre Wegbereiter und Förderer sind von allen öffentlichen Diensten auszuschließen.

Der öffentliche Besitz an Produktionsmitteln ist systematisch auszubauen. Zu diesem Zwecke sind in die öffentliche Hand zu überführen:

- die Grundstoffindustrie (Bergbau, Eisen- und Metallerzeugung)
- die gesamten Versorgungsbetriebe (Gas-Wasser- und Elektrizitätswerke)
- der gesamte Güterverkehr und Personenmassenverkehr
- alle Großbanken und größeren Kreditinstitute
- das gesamte Versicherungswesen

Am 29. September 1945 wurde in der Universität die Kölner SPD wiederbegründet.

Die 'Kölner Leitsätze' gewannen in ganz Deutschland schnell eine große Popularität. Bis zum Jahresende waren 100 000 Exemplare verteilt.

Im Spätsommer 1945 erlaubten die Alliierten in den Westzonen die Gründung von politischen Parteien. Schwering und zwei politische Freunde beantragten die entsprechende Lizenz. Bei der Gründung der neuen Partei wurde Schwering zum Vorsitzenden des Landesverbandes Rheinland gewählt.

Adenauer – der zunächst die Parteigründer als politische Leichtgewichte eingeschätzt hatte, die die Sache nicht zum Erfolg führen konnten, ließ sich - in Abwesenheit - in den siebenköpfigen Parteirat wählen. In der nun etablierten CDU, wie sie ab Dezember 1945 hieß, war Adenauer fortan bestrebt, den christlich-sozialistischen Ton zurückzudrängen, - gemäß seinem Credo:

„Mit dem Wort Sozialismus gewinnen wir fünf Menschen und zwanzig laufen weg.“

Zu Beginn des Jahres 1946 meldete er seine Kandidatur für den Vorsitz der rheinischen Landespartei an und verdrängte bei einer manipulierten Kampfabstimmung den Vorsitzenden Leo Schwering.

Adenauer steuerte die CDU in die Richtung einer bürgerlichen Sammlungspartei. Im Gegensatz zu Schwering lehnte er eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten ab. Immerhin war der Flügel um die sich konstituierenden Sozialausschüsse stark genug, um auch weiterhin eine Ausrichtung auf einen „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ zu verlangen. Im Ahlener Programm von 1947 forderte die CDU die „Überwindung von Kapitalismus und Marxismus“.

Schwing wurde der Chronist der CDU. Er sprach sich später immer dagegen aus, erst den Juni 1945 als Gründungsdatum der CDU zu betrachten. Denn sie sei entstanden:

„in den Widerstandsgruppen und in den Konzentrationslagern [...], wo christliche Politiker [...] in gemeinsamer Verfolgung, sich in dem Ziele gefunden hatten, in Zukunft nicht wieder gegeneinander zu stehen, sondern sich zu einer großen Partei zusammenschließen, die allein imstande sein könnte, das deutsche Schicksal zu meistern und das deutsche Volk vor dem Bolschewismus zu bewahren.“

HIRSCHFELD

- ◆ **Frage: was war mit Walter Hirschfeld? Er gehörte ebenfalls zum Kommando Kütter. Im Herbst 1944 erschoss er den 16-jährigen Edelweißpiraten Hans Baltzer auf der Piusstraße. In Brauweiler tötete er einen Häftling und noch im Februar 1945 erschoss er die 21-jährige russische Zwangsarbeiterin Nina Sawina.**
- ◆ **Antwort: 1947 war er für den Mord an der Zwangsarbeiterin von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt worden, aber schon nach einem Monat erfolgte die Begnadigung zu sechs Jahren Gefängnis. 1949 verurteilte ihn das Kölner Landgericht für die beiden anderen Morde zu vier Jahren Gefängnis, die durch den Bundesgerichtshof auf drei Jahre herabgesetzt wurden. Abermals protestierten Opfer der Kölner Gestapo gegen die in ihren Augen zu geringe Strafe.**

Ebenfalls eine Zukunftshoffnung aus Haft- und Exilzeiten war die Gründung einer gemeinsamen antifaschistischen Organisation, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - VVN am 3. Februar 1947.

„In den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern lernten Menschen aus allen Ländern das Schreckensregime des nazistischen Terrors kennen... Die gemeinsamen Leiden, der gemeinsame Kampf in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern hat die Männer und Frauen zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt. Über alle Parteien, Rassen und Konfessionen hinweg schließen wir uns zu einer überparteilichen Organisation zusammen...“

